

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand Brandenburg
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 117 bis 129:

~~Während einerseits neue Arbeitsplätze entstehen, werden andere Menschen auch ihren Job verlieren. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir diesen Strukturwandel der Wirtschaft politisch steuern und diesen Menschen helfen, rasch einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die ökologische Modernisierung kann dabei eine Chance sein, gerade auch Jobs nicht nur für Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen, Bauarbeiter und Facharbeiterinnen zu schaffen. Qualifizierung und Weiterbildung werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Dafür wandeln wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung um und fördern Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (à Kapitel: Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung). Dazu gehören insbesondere Aus- und Weiterbildungsangebote für gering qualifizierte Menschen. Auch für digitale Plattformen müssen soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards gelten. Sie dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden. Der digitale Wandel der Arbeitswelt hat bereits begonnen. Wir wollen ihn positiv gestalten.~~

Während einerseits neue Arbeitsplätze entstehen, werden andere Menschen auch ihren Job verlieren. In Ostdeutschland haben wir nach dem Ende der DDR erlebt, wie tiefgreifend ein wirtschaftlicher Umbruch die Gesellschaft herausfordern kann. Mit der Digitalisierung, Automatisierung und künstlicher Intelligenz steht der nächste wirtschaftliche Umbruch vor der Tür. Dieser wird uns von vielerlei Arbeit befreien und stellt damit die Finanzierung unseres jetzigen Sozialsystems, unser Bildungs- und Weiterbildungssystem und unser Steuersystem vor immense Herausforderungen. Um diesen Strukturwandel offensiv und gestaltend anzugehen, und nicht auf erfolgte Umbrüche nur zu reagieren, fordern wir eine Enquetekommission zur Digitalisierung, Automatisierung der Arbeit und künstlicher Intelligenz. Diese soll Umbrüche und damit verbundene notwendige Umstrukturierungen unseres Bildungs-, Finanz- und Sozialsystems frühzeitig erkennen, um die gesellschaftlichen Diskussionen über die richtige Gestaltung dieser Entwicklung anzustoßen. Der digitale Wandel der Arbeitswelt hat bereits begonnen. Wir wollen ihn positiv gestalten.

Begründung

Der Antrag wird auch von den Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unterstützt.